

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 4/81

Berlin 22. Januar 1981 48. Jahrgang

Sozialer Schutz in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft

Die Zunahme der Aufwendungen für soziale Sicherung wird häufig kritisiert. Ihr Umfang wird mit dafür verantwortlich gemacht, daß ungünstige Wirtschaftslagen nur schwer überwunden werden können, weil die Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beeinträchtigt würden und der finanzpolitische Spielraum eingeeengt werde. Die Entwicklung zeigt jedoch, daß es für solche Befürchtungen wenig Anhaltspunkte gibt. Die zusätzlichen Mittel sind in erster Linie zur Wahrung des bestehenden Sozialschutzes aufgewendet worden. Im Zusammenhang mit den Finanzierungsproblemen sollte berücksichtigt werden, daß von einer Einschränkung sozialer Leistungen keine Wachstumspulse zu erwarten sind.

Umfang sozialer Leistungen

In allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft sind in den 70er Jahren die Sozialleistungen¹ insgesamt und pro Kopf der Bevölkerung erheblich gestiegen. In nationaler Währung² betragen sie 1980 überall rund das Drei- bis Sechsfache des Betrages von 1970 und nahmen damit deutlich schneller zu als das Bruttoinlandsprodukt. Seit 1975, dem Jahr mit dem bisher steilsten Anstieg der Sozialleistungen, haben sich die Zuwachsraten indessen zumeist deutlich verlangsamt.

Das Niveau der Sozialleistungen pro Kopf der Bevölkerung weist nach wie vor von Land zu Land erhebliche Unterschiede auf. Die höchsten Sozialleistungen je Einwohner wurden 1980 mit mehr als 2 800 ERE³ in Dänemark und mit mehr als 2 500 ERE in den Niederlanden gezahlt, im Mittelfeld lagen die Bundesrepublik Deutschland (2 204 ERE), Belgien (2 177 ERE) und Frankreich (2 137 ERE), während die Sozialleistungen in Italien (954 ERE), Groß-

britannien (898 ERE) und vor allem Irland (327 ERE) viel niedriger ausfielen. Der größere Teil der Sozialleistungen — sie umfassen Bar- und Sachleistungen — fließt in allen EG-Ländern vom staatlichen Sektor an die privaten Haushalte. Damit korrespon-

¹ In der Definition des Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen umfassen die Sozialleistungen alle laufenden Geld- und Sachübertragungen, die vor allem vom Unternehmens- und Staatssektor an private Haushalte als persönliche Zuweisung erbracht werden, um im Falle bestimmter Risiken und Bedürfnisse (insbesondere infolge von Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit und Familienlasten) die entstehenden Lasten zu decken, ohne daß eine gleichwertige und gleichzeitige Gegenleistung vorliegt.

² In ERE gerechnet sind die Veränderungsraten insbesondere für die Abwertungsländer Italien, Großbritannien und Irland geringer.

³ Die europäische Rechnungseinheit ERE wird mit Hilfe eines festen Währungsschemas aus den Wechselkursen der EG-Währungen untereinander ermittelt. 1980 (1970) entsprach eine ERE dem Gegenwert von rund 2,51 (3,74) DM. Anfang 1981 wurde die ERE von der ECU abgelöst, soweit diese nicht in Teilbereichen ohnehin angewandt wurde. Beide Einheiten haben z. Z. den gleichen Wert.

Sozialleistungen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft 1970, 1975 und 1980¹⁾

Indikator, Jahr	Land	Bundesrep. Deutschld.	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Vereinigtes Königreich	Irland	Dänemark
in Mill. Einheiten nationaler Währung ⁵⁾										
Sozialleistungen ²⁾										
insgesamt	1970	118 080	140 169	10 058	22 868	217 558	8 457	5 535	161	23 207
	1975	248 350	309 994	25 724	56 760	515 681	18 921	13 090	506 ⁶⁾	55 063 ⁶⁾
	1980	338 300	671 730	64 370	98 610	866 580	25 270	30 700	699 ⁶⁾	113 700
in ERE ⁷⁾										
je Einwohner	1970	520	486	293	474	442	485	234	128	614
	1975	1 317	1 106	569	1 325	1 155	1 153	418	285	1 528
	1980	2 204	2 137	954	2 536	2 177	1 726	898	327	2 835
in vH										
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt	1970	17,4	17,9	16,0	20,0	17,2	15,7	10,9	9,9	19,5
	1975	24,0	21,3	20,5	27,1	22,7	22,4	12,6	13,8	25,4
	1980	23,1	23,8	18,0	30,5	25,0	25,0	15,8	13,0	27,5
Staatliche Sozialleistungen ³⁾										
in vH der Sozialleistungen insgesamt	1970	92,2	93,8	87,0	87,6	93,1	89,5	78,2	92,2 ⁶⁾	57,8 ⁶⁾
	1975	94,0	94,1	90,4	89,2	92,9	90,0	79,2	94,0 ⁶⁾	54,0 ⁶⁾
	1980	94,0	94,4	91,5	90,0	93,8	90,1	81,6	94,0 ⁶⁾	54,0
in vH der Staatsausgaben	1970	42,3	42,6	41,0	37,8	37,5	42,2	21,2	22,6	26,6
	1975	48,1	45,5	41,1	44,1	41,6	40,9	21,2	26,3	29,0
	1980	45,9	49,7	40,6	45,1	40,9	42,1	26,0	24,8	29,4
Staatlich finanzierter Teil der Sozialleistungen ⁴⁾	1970	23,2	12,5	12,6	9,3	21,0	23,6	19,6	47,6	45,7
	1975	32,0	14,1	22,3	16,5	26,5	22,6	14,5	45,8	47,9
	1980	25,9	13,6	22,3	23,3	33,9	23,5	28,3	41,9	48,0

1) Für Luxemburg und Irland 1977; die Angaben für 1980 sind geschätzt.- 2) Leistungen privater Kranken- und Lebensversicherungen sind nicht einbezogen.- 3) Für Dänemark ohne Sachleistungen.- 4) Staatliche Sozialleistungen abzüglich der empfangenen Sozialbeiträge in vH der Sozialleistungen insgesamt.- 5) Für Italien in Mrd. Lit.- 6) Geschätzt.- 7) 1 ERE: 3,74 DM (1970), 3,05 DM (1975), 2,51 DM (1980).

Quellen: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ESVG, Aufgegliederte Tabellen, Luxemburg 1976, 1977, 1978-2; SAEG, Konten des sozialen Schutzes 1970-1975, Luxemburg 1977; SAEG, Konten und Statistiken des Staates 1970-1977, Luxemburg 1978; SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ESVG-Aggregate, 1960-1978, Luxemburg 1980; Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1979; Danmarks Statistik, Statistiske Efterretninger A 1980 17; Öffentliche Haushalte der EG-Länder im Zeichen der Konsolidierung. Bearb.: Bernhard Seidel, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 13/1980.

diert ein hoher Anteil der Sozialleistungen an den Staatsausgaben insgesamt. Ausnahmen bilden Irland und Großbritannien, wo das Leistungsniveau niedrig ist. Für Dänemark dürfte der ausgewiesene geringe staatliche Anteil an den Sozialleistungen auf statistische Inkonsistenzen zurückzuführen sein⁴⁾.

Der größere Teil der Leistungen wird zumeist durch Sozialbeiträge der Unternehmen und der Arbeitnehmer finanziert. Umfang und Entwicklung der staatlichen Aufwendungen unterscheiden sich wiederum beträchtlich von Land zu Land. Dies hängt insbesondere davon ab, inwieweit die Kosten bei Krankheit und Mutterschaft vom Staat übernommen werden und in welchem Umfang sich der Staat bei den anderen Systemen über Zuschüsse und Defizitabdeckung an der Finanzierung beteiligt.

Ausgabenstruktur

Welche Risiken werden durch die Sozialsysteme

vorrangig abgedeckt? Einen großen und in den meisten Ländern tendenziell steigenden Anteil haben die Leistungen im Falle von Krankheit (einschließlich Invalidität, körperlichen und geistigen Gebrechen, Arbeitsunfall und Berufskrankheit). Meist noch größere Bedeutung haben die Leistungen infolge von Alter (einschließlich Leistungen für Hinterbliebene). Die statistischen Strukturdaten sollten jedoch mit Vorbehalt betrachtet werden. Unschärfen bei der Zuordnung sind kaum zu vermeiden.

⁴⁾ Die dänischen Sozialleistungen werden bis auf das System der Arbeitsmarkt-Zusatzrente, das von einer unabhängigen Körperschaft verwaltet wird, und den durch private Versicherungsgesellschaften getragenen Bereich der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten nahezu ausschließlich von staatlichen Institutionen an die privaten Haushalte transferiert. Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, vergleichende Darstellung der Systeme der sozialen Sicherheit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, 10. Auflage, Brüssel-Luxemburg 1978.

Verwendungsstruktur der Sozialleistungen in den EG-Ländern 1970, 1975 und 1977¹⁾

in vH der Sozialleistungen insgesamt

Funktionsbereich, Jahr	Land	Bundesrep. Deutschld.	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Vereinigtes Königreich	Irland	Dänemark
Krankheit, Invalidität, körperliche und geistige Gebrechen, Arbeitsunfall, Berufskrankheit	1970	40,3	36,9	43,7	42,0	32,7	25,0	35,6	38,8	42,9
	1975	40,2	36,6	46,2	46,4	35,2	37,2	37,0	43,4	41,7
	1977	40,3	36,3	49,6	48,0	36,2	37,6	35,6	41,2	40,5
Alter, Tod, Hinterbliebene	1970	45,6	41,2 ²⁾	39,1	40,4	37,8	63,0 ³⁾	47,0	36,9	36,1
	1975	41,9	41,8 ²⁾	38,0	36,0	38,1	52,7 ³⁾	46,1	31,9	32,7
	1977	44,5	42,9 ²⁾	36,8	36,0	37,4	52,2 ³⁾	46,6	33,2	31,9
Berufsausbildung der Erwachsenen, Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, Mobilität, Arbeitslosigkeit	1970	2,5	2,0	1,1	3,3	4,4	0,0	4,5	5,7	3,5
	1975	6,3	3,9	2,6	6,1	7,3	0,2	5,7	9,3	10,4
	1977	4,7	4,7	2,3	5,5	9,0	0,3	6,4	10,2	13,1
Mutterschaft, Familie, Wohnung, sonstiges	1970	11,6	19,9	16,1	14,3	25,1	12,0	12,9	18,6	17,5
	1975	11,6	17,7	13,2	11,5	19,4	9,9	11,2	15,4	15,2
	1977	10,5	16,1	11,3	10,5	17,4	9,9	11,4	15,4	14,5

1) Für Irland 1976.- 2) Einschließlich eines Teils der Wohnungsbeihilfen.- 3) Einschließlich eines Teils der Leistungen bei Invalidität.
Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Sozialindikatoren für die Europäische Gemeinschaft 1960-1978, Luxemburg 1980.

Die Leistungen bei Arbeitslosigkeit einschließlich der Aufwendungen für Arbeitsmarktpolitik (Berufsausbildung bei Erwachsenen, Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, Mobilitätsförderung) haben in allen Ländern eindeutig zugenommen. Die unterschiedlichen Anteile an den gesamten Sozialleistungen in den Ländern korrespondieren – bei allen Abweichungen im Niveau – mit der Höhe der jeweiligen Arbeitslosigkeit.

Die familienbezogenen Übertragungen (Mutterschafts-, Familien- und Wohnungsbeihilfen, sonstige Sozialleistungen) haben innerhalb der sozialen Leistungen in den EG-Ländern einen sinkenden Stellenwert, ihr Anteil fällt jedoch überall noch ins Gewicht.

Ursachen der Zunahme sozialer Leistungen

Als Einflußfaktoren für die schnelle Zunahme der gesamten Sozialleistungen sind Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen, dynamische Anpassung und Leistungsverbesserungen zu nennen. Die steigende Arbeitslosigkeit hatte einen gegenüber 1970 hohen Mehraufwand für Einkommenstransfers an Arbeitslose und für unmittelbare arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Folge, die nur zum Teil über höhere Beiträge finanziert wurden. In vielen Ländern, z. B. in Italien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden schlugen sich die staatlichen Aufwendungen auch auf der Einnahmenseite nieder, da als Beschäftigungs-

anreiz ein Teil der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung übernommen wurde⁵.

Die Preissteigerungen, mit denen die meisten EG-Länder zu kämpfen haben, sind in den Dienstleistungsbereichen meist stärker, da bei geringeren Produktivitätsfortschritten die Einkommenssteigerungen hier in der Regel nicht hinter denen im Produktionsbereich zurückbleiben. Im Gesundheitswesen sind die preisbedingten Kostensteigerungen eine wesentliche Ursache für den Anstieg der entsprechenden sozialen Leistungen. Es ist allerdings kaum möglich, einen verbindlichen Preisindex für diese Leistungen zu berechnen⁶. Ein großer Teil der Einkommensübertragungen an private Haushalte ist in den EG-Ländern dynamisiert, sei es, daß die Leistung wie im Falle von Krankheit, Mutterschaft oder Arbeitslosigkeit nach dem Entgelt des Anspruchsberechtigten bemessen wird, sei es, daß die Übertragungen wie bei den Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenrenten regelmäßig gemäß den eingetretenen Preis- und Reallohnsteigerungen angehoben werden. Darüber hinaus erfordert die demogra-

⁵ Vgl. Joachim Volz, Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosigkeit in integrierten Wirtschaftsräumen, München 1980, S. 339 ff.

⁶ Dies gilt allgemein für „staatliche Leistungen“. Deshalb behilft man sich überwiegend recht formal mit dem Ansatz, höhere Personalkosten mit Preissteigerungen gleichzusetzen.

phisch bedingte Zunahme des Anteils der Einwohner im Rentenalter die Bereitstellung eines höheren Finanzierungsvolumens. In allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft sind die gesetzlichen Grundlagen für die sozialen Leistungen sowie die entsprechenden Durchführungsverordnungen mehrfach verändert und ergänzt worden, was teils mit Leistungsverbesserungen (z. B. spezielle Beihilfen für einkommensschwache Gruppen, Mindestrenten, Bereitstellung von Mutterschaftsgeld oder Erhöhung des Kindergeldes), teils mit der Absicht der Dämpfung des weiteren Anstiegs der Leistungsverpflichtungen verbunden war. In einzelnen Ländern ist das System auch – z. B. Öffnung der Sozialversicherung für Selbständige – ausgeweitet worden.

Beeinträchtigt mehr Sozialschutz die Leistungsbereitschaft?

Es ist kaum möglich, die Steigerung der Sozialleistungen insgesamt und die damit verbundenen höheren Aufwendungen den genannten Faktoren einzeln zuzurechnen. Der Großteil der zusätzlichen Mittel entfällt jedoch nicht auf den Ausbau des Netzes der sozialen Sicherung, sondern auf die Wahrung des bestehenden Systems.

Dennoch wird das bestehende soziale Netz insbesondere in Zeiten ungünstiger wirtschaftlicher Entwicklung zunehmend kritisiert: Der Umfang der staatlich subventionierten Sicherung des Arbeitnehmers gegen vielfältige finanzielle Risiken sei so groß geworden, daß die für eine wirtschaftliche Belegung nötigen Leistungsanreize immer geringer würden. Dies liege einmal daran, daß der Unterschied zwischen dem Netto-Arbeitseinkommen und den Unterstützungszahlungen bei Arbeitslosigkeit relativ gering geworden sei. Das hindere den Arbeitslosen, einen anderen Arbeitsplatz unter Hinnahme von Einkommenseinbußen, Qualifikationsverlusten oder von ungünstigeren Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Daraus resultierten strukturelle Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt, ein Sockel an unbesetzbaren offenen Stellen bei gleichzeitig höheren Arbeitslosenzahlen sowie Sozialproduktseinbußen für die Volkswirtschaft insgesamt.

Zum anderen seien die Arbeitskosten infolge des Ausbaus der sozialen Sicherung so gestiegen, daß die Konkurrenzposition heimischer Unternehmen im Wettbewerb mit ausländischen Anbietern ungünstiger werde mit der Folge abnehmender Investitionsbereitschaft und entsprechend verlangsamten Sozialproduktwachstums.

Darüber hinaus steige die Abgabenbelastung der Arbeitnehmer einerseits infolge höherer Beiträge für die Sozial-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung,

andererseits infolge der zur Finanzierung der Sozialleistungen zusätzlich erforderlichen staatlichen Mittel. Eine hohe Grenzabgabenbelastung verringere das Gefühl für Eigenverantwortlichkeit, mindere den Anreiz zu Anstrengungen, ein höheres Einkommen zu erreichen, und führe zu einer Anspruchshaltung gegenüber dem Staat.

Schließlich müsse der zunehmende staatliche Aufwand für Sozialleistungen mit Inflexibilität in der Haushaltsgestaltung bezahlt werden; durch hohe Mittelbindungen in Situationen wirtschaftlicher Schwäche werde der Spielraum für eine aktive Finanzpolitik im investiven und konsumtiven Bereich eingeeengt.

Die Kritik erscheint indessen bei näherer Betrachtung einseitig. Weder wird genügend berücksichtigt, daß wichtige soziale Leistungen im Kreislaufzusammenhang als eingebaute wirtschaftliche Stabilisatoren wirken, noch werden bei Arbeitskostenvergleichen Niveau und Entwicklung der Arbeitsproduktivität ausreichend in Rechnung gestellt. Es ließe sich sogar die These vertreten, daß ein eng geknüpftes Netz der sozialen Sicherung zu den gesellschaftlichen Kosten der wirtschaftlichen und politischen Systemstabilität gehört, ohne das ein hohes Wohlstandsniveau reifer Volkswirtschaften nicht aufrechterhalten und auszubauen ist; Anpassungsprobleme ließen sich so mit geringeren Reibungsverlusten – und damit weniger wachstumshemmend – bewältigen.

Die Befürchtungen erscheinen auch überzogen, wenn man die Entwicklung der sozialen Leistungen und ihre Bestimmungsfaktoren betrachtet. Der Vergleich zwischen den EG-Ländern gibt keinen Anhaltspunkt dafür, daß in den Ländern, wo der Arbeitslose einen größeren Teil seines letzten Einkommens als Arbeitslosengeld bezieht, die Arbeitsmarktprobleme größer sind, daß also die Höhe der Arbeitslosenversorgung ein wesentlicher Hinderungsgrund für den Abbau der Arbeitslosigkeit sein könnte. Dagegen spricht auch die gegenüber dem Anfang der 70er Jahre deutliche Abnahme der Zahl offener Stellen in den EG-Ländern. Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist deshalb eine aktive Beschäftigungspolitik sicherlich wirksamer als die Verminderung von Leistungen an Arbeitslose. Zweifellos gibt es den Mißbrauch öffentlicher Sozialleistungen. Er darf aber nicht als Alibi für Schwächen des Wirtschaftssystems verwendet werden.

Auch im internationalen Vergleich können hohe Sozialabgaben als Komponente der Lohnkosten nicht einfach für die Zunahme der Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden. Vielmehr hat die Verschlechterung der internationalen Konkurrenzposition eines Landes meist vielfältige Ursachen. Ein wesentlicher Indikator ist hier die Entwicklung der Lohn-

Sozialleistungen, Einkommen, Produktivität und Streik in den EG-Ländern 1970, 1975 und 1979¹⁾

Indikator, Jahr	Land	Bundesrep. Deutschl.	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Vereinig. Königreich	Irland	Dänemark
in ERE zu Preisen und Wechselkursen von 1970 ⁵⁾										
Sozialleistungen je Einwohner ²⁾	1970	520	486	293	474	442	485	234	128 ⁶⁾	614 ⁶⁾
	1975 ³⁾	785	688	400	724	704	733	301	199 ⁶⁾	906 ⁶⁾
	1979 ³⁾	884	871	462	886	858	844	367	198 ⁶⁾	1 122
Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer	1970	4 346	4 065	3 254	4 473	4 133	4 608	3 120	2 736	4 553
	1975	5 306	5 142	4 104	5 594	5 475	6 197	3 758	3 496	5 346 ⁶⁾
	1977	5 718	5 573	4 291	5 746	5 990	6 776	3 641	3 651	5 392 ⁶⁾
Arbeitsproduktivität ⁴⁾	1970	6 641	5 965	4 499	6 239	6 353	7 369	4 777	3 613	6 413
	1975	7 689	7 068	5 012	7 622	7 399	7 652	5 184	4 312	7 115
	1979	8 887	8 118	5 624	8 408	8 256	8 523	5 620	5 083	7 660
in Tagen										
Durch Streik verlorene Arbeitstage je 1000 Arbeitnehmer	1970	4	110	1 436	69	482	-	489	1 405	56
	1975	3	229	1 730	0	195	-	265	403	53
	1977	1	213	1 025	61	215	-	448	606	116

1) Einkommen und Streik 1977.- 2) Deflationiert mit dem Preisindex für den Verbrauch der privaten Haushalte. Leistungen privater Kranken- und Lebensversicherungen sind nicht einbezogen.- 3) Für Luxemburg und Irland 1977.- 4) Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen (für Irland Bruttoinlandsprodukt) je Erwerbstätigen.- 5) 1 ERE: 3,74 DM.- 6) Geschätzt.

Quellen: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (SEAG), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ESVG, Aufgegliederte Tabellen, Luxemburg 1976, 1977, 1978-2; SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ESVG, Aggregate, Luxemburg 1978, 1980; SAEG, Eurostatistiken, Heft 10-1980; SAEG, Sozialindikatoren für die Europäische Gemeinschaft, Luxemburg 1977, 1980; Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1979.

stückkosten (einschließlich Nebenkosten) unter Berücksichtigung der Wechselkurse⁷. Ausgedrückt in Sonderziehungsrechten (SZR) hatten mit Irland und Italien in den letzten Jahren gerade Länder überproportionale Steigerungen der Lohnstückkosten zu verzeichnen⁸, die im Ländervergleich weder ein hohes Niveau noch eine schnelle Zunahme der sozialen Leistungen aufweisen. Auch in Großbritannien haben – bei raschem Anstieg der Lohnstückkosten – die Beiträge der Unternehmen für die soziale Sicherung nur verhältnismäßig langsam expandiert⁹.

Über die Veränderung der Leistungsbereitschaft von Arbeitnehmern infolge steigender Grenzabgabenbelastung läßt sich statistisch-empirisch nur schwer etwas aussagen. Auf keinen Fall besteht ein positiver Zusammenhang zwischen sozialer Sicherung und hoher Streikneigung. Im Ländervergleich ist festzustellen, daß in Ländern mit niedrigem Leistungsniveau der sozialen Systeme und mit geringerem Einkommensniveau der unselbständig Beschäftigten die Zahl der durch Streik verlorenen Arbeitstage im Zeitraum 1970 bis 1977 regelmäßig größer war als in den Ländern mit höherem Wohlstandsniveau. Bei diesem Vergleich ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Konflikte zwischen den Tarifparteien von einer Vielzahl von Einflußfaktoren

abhängen¹⁰. Infolgedessen kann das Fehlen des genannten Zusammenhangs freilich auch nur mit Einschränkungen als Beleg für die entgegengesetzte These herangezogen werden, nach der die Kosten der Sozialleistungen als Preis für eine konfliktfreihere wirtschaftliche Entwicklung anzusehen seien.

Einen weiteren Anhaltspunkt könnte die Betrachtung der Beschäftigtenproduktivität liefern. Die Entwicklung der Sozialleistungen und der Produktivität im untersuchten Zeitraum gibt keinen Beleg dafür, daß mit zunehmender sozialer Sicherung die Leistungsbereitschaft sinkt und damit einen dämpfenden

⁷ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts. Neben den Bruttolöhnen und -gehältern enthalten die Bruttoeinkommen auch alle sozialen Aufwendungen der Arbeitgeber. Die Lohnstückkosten müssen in einer einheitlichen Währung bzw. Rechnungseinheit – hier in Sonderziehungsrechten – ausgedrückt werden, um die Veränderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit widerspiegeln zu können.

⁸ Vgl. Zur Wirtschaftslage: Westliche Industrieländer: Zögernde wirtschaftspolitische Umorientierung bei rasch steigender Arbeitslosigkeit. Bearb.: Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 39/80.

⁹ Vgl. Eurostat, Social protection, Rapid information 1-1980.

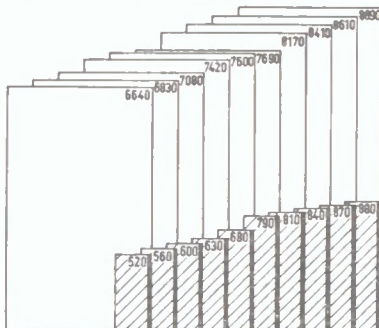
¹⁰ Vgl. Bernhard Seidel, Tarifpolitik und europäische Integration, Veröffentlichung als Sonderheft des DIW für 1981 vorgesehen.

Beschäftigtenproduktivität¹⁾ und Sozialleistungen²⁾ je Einwohner in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft

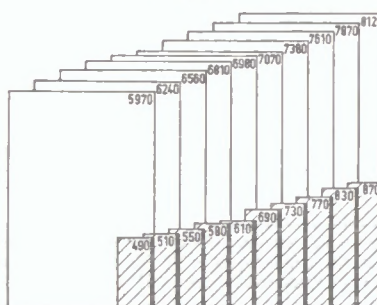
in ERE³⁾ zu Preisen und Wechselkursen von 1970

Fläche entspricht 250 ERE
 Beschäftigtenproduktivität
 Sozialleistungen je Einwohner

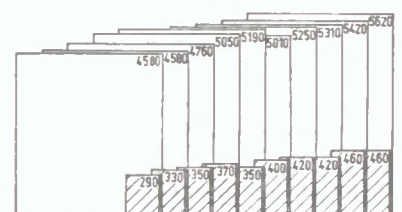
BUNDESREP. DEUTSCHLAND



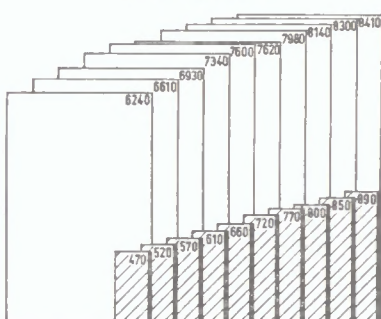
FRANKREICH



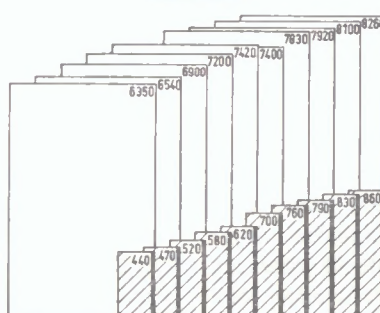
ITALIEN



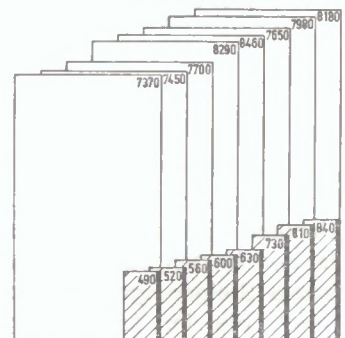
NIEDERLANDE



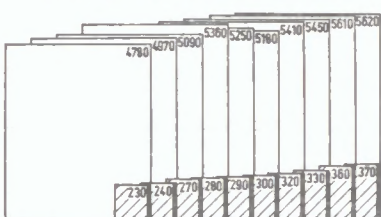
BELGIEN



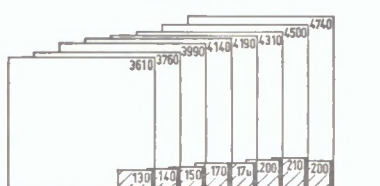
LUXEMBURG



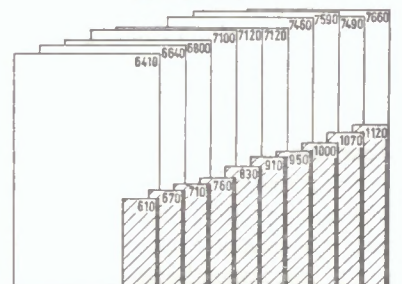
VEREINIGTES KÖNIGREICH



IRLAND



DÄNEMARK



1) Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen. — 2) Deflationiert mit dem Preisindex des privaten Verbrauchs. — 3) 1 Europäische Rechnungseinheit (ERE) entspricht 1970 3,74 DM.

Einfluß auf den Produktivitätstrend ausübt¹¹. Dies deckt sich auch mit Untersuchungen für die Bundesrepublik Deutschland, in denen gezeigt wurde, daß die Entwicklung der Stundenproduktivität im verarbeitenden Gewerbe langfristig keine Veränderungstendenzen aufweist¹².

Insgesamt muß anstelle der provozierenden Frage nach den Paralisierungseffekten von Sozialschutzleistungen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft das Problem erörtert werden, wie das bestehende Netz sozialer Sicherheit weiterhin finanziert werden kann. Kommt zu den zu erwartenden Aufwendungen für Altersversorgung und Gesundheit eine längere Phase hoher Arbeitslosigkeit hinzu, dann reicht das heutige Niveau der Beitragssätze mit Sicherheit nicht aus. Von einer Einschränkung sozialer Leistun-

gen kommen aber bestimmt nicht die Wachstumsimpulse, die der beste Garant dafür sind, daß auch künftig das soziale Netz allen Beanspruchungen standhält.

¹¹ Der Vergleich von Produktivitätsziffern und sozialen Kennziffern muß auf konstanter Preisbasis geführt werden. Mangels spezifischer Deflatoren für die einzelnen komplexen Komponenten der Sozialleistungen wurde die Preisbereinigung hier mit Hilfe des Preisindex für den privaten Verbrauch durchgeführt. In den Sozialleistungen haben die Dienstleistungen mit raschen Preissteigerungen aufgrund des großen Gewichts des Gesundheitsdienstes einen höheren Stellenwert als im privaten Verbrauch insgesamt.

¹² Vgl. Längerfristiges Wachstum der gewerblichen Arbeitsproduktivität seit 1950 wenig verändert. Bearb.: Arthur Boneß, Rolf Kregel, Rainer Pischner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 49/80.

Ende des Beschäftigtenanstiegs

Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen in der Bundesrepublik Deutschland im dritten Quartal 1980

Mit dem starken konjunkturellen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion im dritten Quartal 1980 hat sich die Lage am Arbeitsmarkt deutlich verschlechtert. Der Anstieg der Beschäftigtenzahl kam nahezu zum Stillstand, die Zahl der Arbeitslosen ist beschleunigt gestiegen.

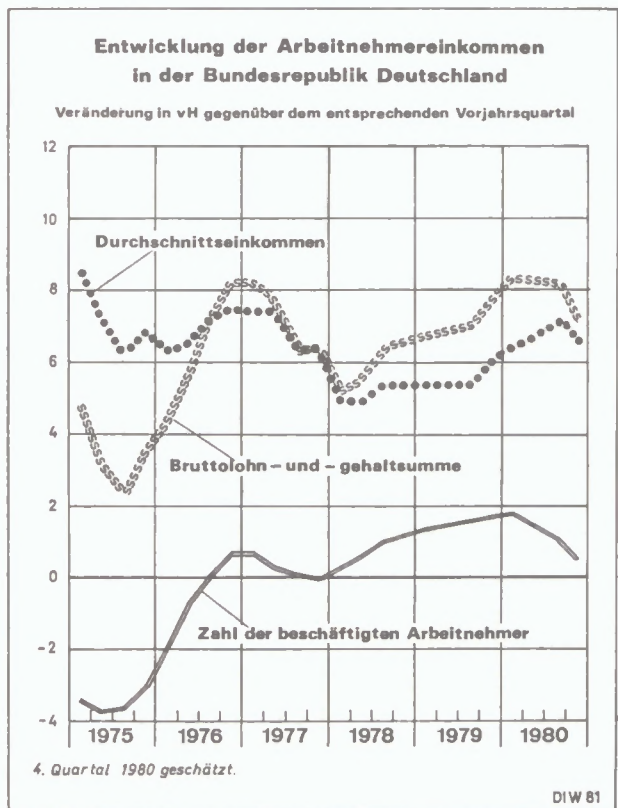
Die Lohn- und Gehaltsentwicklung spiegelt im Berichtsquartal die noch unter günstigeren konjunkturellen Bedingungen abgeschlossenen Tarifvereinbarungen wider. Effektiv und tariflich haben Löhne und Gehälter fast gleich stark zugenommen; die Lohndrift war nur gering.

Die Lohnstückkosten sind aufgrund der nachlassenden Produktion noch kräftiger als zuvor gestiegen. Im verarbeitenden Gewerbe übertrafen sie das entsprechende Vorjahresniveau um 9,4 vH (im Vorquartal um 8,7 vH), in der Gesamtwirtschaft belief sich der Anstieg auf 6,6 vH.

Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosenzahl ist saisonbereinigt im Durchschnitt des Berichtsquartals verstärkt, um über 50 000, gestiegen. Ende September lag die Gesamtzahl damit bereits um 85 000 oder knapp 12 vH über dem entsprechenden Vorjahresstand, der im ersten Quartal noch um die gleiche Zahl unterschritten worden war. Besonders stark war die Zunahme mit rund 16 vH bei den männlichen Arbeitslosen, die Zahl der weiblichen stieg um 8 vH.

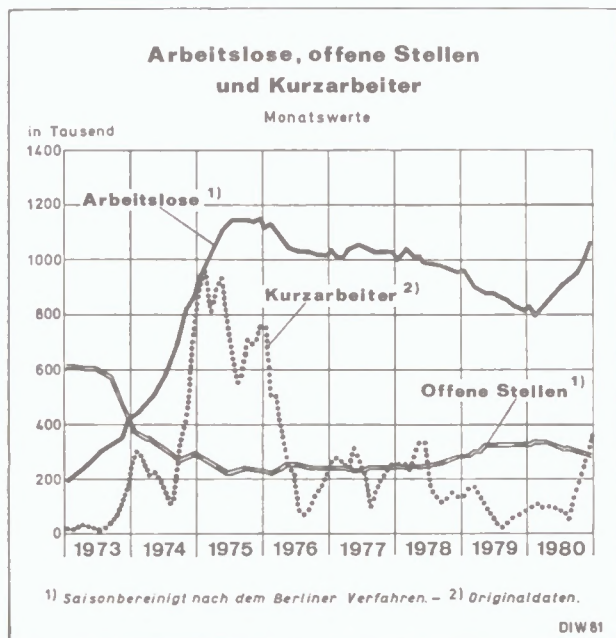
Auch der Rückgang der saisonbereinigten Zahl der offenen Stellen, der im dritten Quartal abermals rund 15 000 betrug, unterstreicht die ungünstige Lage am Arbeitsmarkt.



**Beschäftigte und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in der Bundesrepublik Deutschland²⁾
im 3. Quartal 1980**

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen									Veränderung gegen- über Vorjahr in vH		
	Männer				Frauen				Ins- gesamt	Männer	Frauen	Ins- gesamt
	Gesamt	Arbeiter	Angest. u. Beamte	Auszu- bildende	Gesamt	Arbeiter	Angest. u. Beamte	Auszu- bildende				
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1 000 Personen)												
Land- und Forstwirtschaft	196	139	24	33	86	67	7	12	282	1,0	0,0	0,7
Bergbau	225	173	38	14	7	2	5	0	232	0,4	-	0,4
Energielwirtschaft	197	126	64	7	24	6	18	0	221	1,5	0,0	1,4
Verarbeitendes Gewerbe 3)	6 113	4 102	1 511	500	2 642	1 690	780	172	8 755	0,9	1,1	1,0
dav.: Grundst.-u. Prod.-güter	1 312	929	330	53	299	140	140	19	1 611	0,8	2,0	1,1
Investitionsgüter	3 264	2 101	850	313	1 083	655	368	60	4 347	1,2	2,1	1,4
Verbrauchsgüter	1 058	765	221	72	916	715	153	48	1 974	0,0	-0,1	-0,1
Nahrungs- u. Genußmittel	479	307	110	62	344	180	119	45	823	0,6	0,6	0,6
Baugewerbe	1 457	1 156	138	163	106	13	82	11	1 563	-0,1	2,9	0,1
Produzierendes Gewerbe	7 992	5 557	1 751	684	2 779	1 711	885	183	10 771	0,7	1,2	0,8
Handel	1 294	465	641	188	1 459	205	1 012	242	2 753	0,3	1,6	1,0
Verkehr 4)	1 151	508	590	53	254	82	161	11	1 405	0,3	0,8	0,4
Handel und Verkehr	2 445	973	1 231	241	1 713	287	1 173	253	4 158	0,3	1,5	0,8
Öffentlicher Dienst 5)	2 429	393	1 990	46	1 280	227	1 002	51	3 709	1,1	3,5	1,9
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	418	14	353	51	384	27	314	43	802	1,7	2,9	2,3
Gaststättenwesen	153	81	47	25	270	145	112	13	423	1,3	1,1	1,2
Häusliche Dienste	1	-	1	-	245	156	78	11	246	-	-0,4	-0,4
Dienstleistungshandwerk 6)	96	64	15	17	441	257	109	75	537	4,3	2,6	2,9
Sonstige Dienstleistungen 7)	410	89	280	41	883	181	611	91	1 293	1,5	1,7	1,7
Dienstleistungen, gesamt	3 507	641	2 686	180	3 503	993	2 226	284	7 010	1,3	2,4	1,8
Insgesamt	14 140	7 310	5 692	1 138	8 081	3 058	4 291	732	22 221	0,8	1,8	1,1
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM) ⁸⁾												
Land- und Forstwirtschaft	1 008	733	230	45	328	268	44	16	1 336	8,0	7,9	8,0
Bergbau	2 055	1 478	553	24	56	12	44	0	2 111	12,2	-	12,1
Energielwirtschaft	1 828	1 096	722	10	188	34	154	0	2 016	7,2	6,8	7,1
Verarbeitendes Gewerbe 3)	54 022	34 068	19 217	737	15 415	9 186	5 989	240	69 437	8,4	9,7	8,5
dav.: Grundst.-u. Prod.-güter	12 521	7 923	4 514	84	1 999	802	1 167	30	14 520	8,1	9,5	8,3
Investitionsgüter	29 860	18 411	10 989	460	7 084	3 988	3 012	84	36 944	9,4	10,2	9,6
Verbrauchsgüter	8 097	5 461	2 525	111	4 740	3 556	1 115	69	12 837	6,4	6,9	6,6
Nahrungs- u. Genußmittel	3 544	2 273	1 189	82	1 592	840	695	57	5 136	6,4	6,5	6,4
Baugewerbe	11 703	9 804	1 654	245	623	74	533	16	12 326	6,2	9,1	6,4
Produzierendes Gewerbe	69 608	46 446	22 146	1 016	16 282	9 306	6 720	256	85 890	8,1	8,7	8,2
Handel	9 554	3 058	6 236	260	7 409	1 009	6 080	320	16 963	7,4	8,7	8,0
Verkehr 4)	9 148	3 748	5 322	78	1 639	396	1 227	16	10 787	7,2	8,0	7,3
Handel und Verkehr	18 702	6 806	11 558	338	9 048	1 405	7 307	336	27 750	7,3	8,6	7,7
Öffentlicher Dienst 5)	22 965	2 926	19 965	74	9 884	1 138	8 668	78	32 849	8,0	10,0	8,6
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	3 656	101	3 473	82	2 480	138	2 276	66	6 136	8,9	9,5	9,1
Gaststättenwesen	964	500	429	35	1 194	594	583	17	2 158	7,2	7,8	7,5
Häusliche Dienste	7	-	7	-	981	580	387	14	988	-	6,2	6,1
Dienstleistungshandwerk 6)	503	345	134	24	1 722	1 021	607	94	2 225	10,5	9,3	9,6
Sonstige Dienstleistungen 7)	3 270	589	2 621	60	4 336	833	3 375	128	7 606	7,7	8,3	8,1
Dienstleistungen, gesamt	31 365	4 461	26 629	275	20 597	4 304	15 896	397	51 962	8,1	9,2	8,5
Insgesamt	120 683	58 446	60 563	1 674	46 255	15 283	29 967	1 005	166 938	8,0	8,9	8,2
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM)												
Land- und Forstwirtschaft	1 714	1 758	3 194	455	1 271	1 333	2 095	444	1 579	6,9	7,9	7,2
Bergbau	3 044	2 848	4 851	571	2 667	2 000	2 933	-	3 033	11,7	-	11,6
Energielwirtschaft	3 093	2 899	3 760	476	2 611	1 889	2 852	-	3 041	5,5	6,8	5,7
Verarbeitendes Gewerbe 3)	2 946	2 768	4 239	491	1 945	1 812	2 559	465	2 644	7,5	7,5	7,5
dav.: Grundst.-u. Prod.-güter	3 181	2 843	4 560	528	2 229	1 910	2 779	526	3 004	7,2	7,3	7,1
Investitionsgüter	3 049	2 921	4 309	490	2 180	2 030	2 728	467	2 833	8,1	8,0	8,0
Verbrauchsgüter	2 551	2 380	3 808	514	1 725	1 658	2 429	479	2 168	6,4	7,0	6,6
Nahrungs- u. Genußmittel	2 466	2 468	3 603	441	1 543	1 556	1 947	422	2 080	5,7	5,9	5,8
Baugewerbe	2 677	2 827	3 995	501	1 959	1 897	2 167	485	2 629	6,4	6,0	6,3
Produzierendes Gewerbe	2 903	2 786	4 216	495	1 953	1 813	2 531	466	2 658	7,4	7,4	7,4
Handel	2 461	2 192	3 243	461	1 693	1 641	2 003	441	2 054	7,1	7,0	6,9
Verkehr 4)	2 649	2 459	3 007	491	2 151	1 610	2 540	485	2 559	6,8	7,1	6,8
Handel und Verkehr	2 550	2 332	3 130	467	1 761	1 632	2 076	443	2 225	7,0	7,0	6,9
Öffentlicher Dienst 5)	3 152	2 482	3 344	536	2 574	1 671	2 884	510	2 952	6,9	6,3	6,6
Geld-, Bank- u. Vers.-wesen	2 915	2 405	3 280	536	2 153	1 704	2 416	512	2 550	7,1	6,4	6,7
Gaststättenwesen	2 100	2 058	3 043	467	1 474	1 366	1 735	436	1 701	5,8	6,6	6,3
Häusliche Dienste	2 333	-	2 333	-	1 335	1 239	1 654	424	1 339	-	6,6	6,6
Dienstleistungshandwerk 6)	1 747	1 797	2 978	471	1 302	1 324	1 856	418	1 381	5,9	6,5	6,5
Sonstige Dienstleistungen 7)	2 659	2 206	3 120	488	1 637	1 534	1 841	469	1 961	6,2	6,5	6,3
Dienstleistungen, gesamt	2 981	2 320	3 305	509	1 960	1 445	2 380	466	2 471	6,7	6,6	6,6
Insgesamt	2 845	2 665	3 547	490	1 908	1 666	2 328	458	2 504	7,2	7,0	7,0

1) Einschl. Heimarbeiter. - 2) Einschl. Berlin (West). - 3) Einschl. produzierendes Handwerk und sonstiges Kleingewerbe. - 4) Einschl. Bundesbahn und Bundespost. - 5) Einschl. Soldaten. - 6) U. a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung. - 7) U. a. Organisationen ohne Erwerbscharakter und freie Berufe. - 8) Abweichungen der Bruttolohn- und -gehaltssumme von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben sich durch weitergehende sektorale Differenzierung.



Von Kurzarbeit, die seit Mitte 1979 kaum noch Bedeutung hatte, waren Ende September – mit Schwerpunkt in der Kraftfahrzeugindustrie – wieder fast 140 000 Personen betroffen; das waren rund 100 000 mehr als ein Jahr davor.

Die Bundesanstalt für Arbeit¹ hat vor kurzem zu dem auch in der vergangenen Hochkonjunktur hoch gebliebenen Niveau der Arbeitslosigkeit erläutert, daß durch eine Arbeitslosenmeldung bei folgenden Arbeitnehmergruppen Vorteile in anderen Bereichen der sozialen Sicherung erlangt werden können:

- Bei den sogenannten „Kindergeld-Arbeitslosen“. Nach dem Bundeskindergeldgesetz wird für Kinder zwischen 18 und 23 Jahren nur dann Kindergeld gezahlt, wenn sie der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen, aber weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe beziehen;

- bei Arbeitslosen, die das vorgezogene Altersruhegeld anstreben. Voraussetzung für die Gewährung eines vorgezogenen Altersruhegeldes ist für 59jährige Männer eine 12monatige Arbeitslosigkeit;
- bei Personen, die sich nur arbeitslos melden, um als Nichtleistungsbezieher unter bestimmten Voraussetzungen Zeiten der Arbeitslosigkeit als Ausfallzeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung angerechnet zu bekommen;
- bei Empfängern von Sozialhilfeleistungen im arbeitsfähigen Alter, die sich arbeitslos melden müssen, da eine Arbeitslosenmeldung Voraussetzung für den Bezug von Sozialhilfe ist.

Diese Relativierung der absoluten Zahl der Arbeitslosen, für die die Bundesanstalt keine Quantifizierung vorgenommen hat, ändert aber nichts an der alarmierenden aktuellen Entwicklung.

Beschäftigung

Vor allem dem noch kräftig expandierenden Angebot an Ausbildungsplätzen ist es zuzuschreiben, daß sich im Durchschnitt des Berichtsquartals die Beschäftigtenzahl insgesamt noch geringfügig – um 15 000 – erhöhte. Sie war damit im Durchschnitt des dritten Quartals 1980 immer noch um 250 000 höher als ein Jahr zuvor. Der Anstieg im Quartalsdurchschnitt verdeckt zudem, daß die Beschäftigtenzahl im Verlauf des dritten Vierteljahres gesunken ist.

Im verarbeitenden Gewerbe war die Nachfrage nach Arbeitskräften rückläufig; dies gilt insbesondere dann, wenn nur die Zahl der voll im Produktionsprozeß beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Lehrlinge) betrachtet wird. Im Bergbau war dagegen eine relativ

¹ Presseinformation der Bundesanstalt für Arbeit Nr. 76/80 vom 11. Dezember 1980.

Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl¹⁾

in 1 000 Personen

	1977	1978				1979				1980		
	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Land- u. Forstwirtsch.	261	261	261	261	261	261	261	262	263	263	264	264
Produzierendes Gewerbe	10 436	10 451	10 459	10 487	10 514	10 544	10 580	10 619	10 673	10 725	10 725	10 708
dar.: Verarb. Gewerbe	8 568	8 570	8 568	8 579	8 589	8 596	8 619	8 648	8 685	8 722	8 745	8 733
Baugewerbe	1 414	1 430	1 440	1 460	1 478	1 501	1 512	1 521	1 538	1 554	1 532	1 522
Handel und Verkehr	4 073	4 071	4 078	4 086	4 094	4 103	4 113	4 125	4 136	4 151	4 158	4 158
Dienstleistungen	6 597	6 632	6 671	6 711	6 751	6 796	6 842	6 887	6 915	6 947	6 981	7 013
Beschäftigte, gesamt	21 366	21 416	21 469	21 544	21 620	21 705	21 796	21 893	21 986	22 086	22 128	22 144

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

Entwicklung von Effektiv- und Tariflöhnen¹⁾ und -gehältern in ausgewählten Wirtschaftszweigen²⁾

	1977			1978				1979				1980		
	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Zunahme in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit														
Arbeiter														
effektiv	7,1	5,7	6,4	4,4	5,7	5,6	5,7	5,1	5,8	6,6	8,4	9,2	7,2	7,7
tariflich 3)	6,8	7,2	7,1	5,3	5,0	5,5	5,4	6,0	5,8	5,1	5,1	4,2	6,6	7,5
Angestellte														
effektiv	7,8	7,2	7,7	5,9	5,6	6,0	5,9	6,4	5,6	5,7	6,2	5,8	7,6	7,6
tariflich 3)	6,6	6,5	6,6	5,3	4,8	5,0	5,0	5,4	5,2	4,6	4,5	3,8	6,1	6,8
Differenz zwischen effektiver und tariflicher Veränderungsrate														
Arbeiter	+0,3	-1,5	-0,7	-0,9	+0,7	+0,1	+0,3	-0,9	0,0	+1,5	+3,3	+5,0	+0,6	+0,2
Angestellte	+1,2	+0,7	+1,1	+0,6	+0,8	+1,0	+0,9	+1,0	+0,4	+1,1	+1,7	+2,0	+1,5	+0,8

1) Berechnungsbasis: Tarifliche Wochenlöhne. - 2) Produzierendes Gewerbe, Handel, Verkehr und öffentlicher Dienst; bei den Angestellten zusätzlich Geld-, Bank- und Versicherungswesen. - 3) Jeweils der erste Monat eines Vierteljahres.

kräftige Zunahme der Beschäftigtenzahl zu beobachten. Im Investitionsgütergewerbe, das noch im Vorquartal überdurchschnittlich expandiert hatte, stagnierte die Beschäftigung. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, im Verbrauchsgütergewerbe und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe hat die Beschäftigtenzahl saisonbereinigt – insgesamt um 13 000 – abgenommen.

Bei einer Betrachtung nach Branchen des verarbeitenden Gewerbes zeigen sich überwiegend ungünstige Beschäftigungstendenzen. Überdurchschnittlich stark war der Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften im Straßenfahrzeugbau, in der Elektrotechnik, der Herstellung von Kunststoffwaren sowie im Textil- und Bekleidungs-gewerbe.

Die besonders konjunktur-reagible Beschäftigtenentwicklung in der Bauwirtschaft tendierte im dritten Quartal 1980 weiter abwärts. Nach einem überaus kräftigen Rückgang im Vorquartal reduzierte sich allerdings die Abnahme: saisonbereinigt sank die Zahl der im Baugewerbe Beschäftigten um 10 000 und war damit nicht mehr höher als ein Jahr zuvor.

Im Groß- und Einzelhandel, wo die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Regel auf konjunkturelle Veränderungen relativ zögernd reagiert, hat die Beschäftigung, die im Vorquartal noch expandiert hatte, ebenfalls nicht mehr zugenommen. Auch für den Verkehrsbereich ergibt sich kein günstiges Bild. Die Beschäftigung, die sich längere Zeit aufgrund umfangreicher Neueinstellungen bei der Bundespost erhöht hatte, stieg auch hier nicht mehr.

Wie in früheren Perioden rückläufiger Konjunktur war die stetige Beschäftigtenexpansion im Dienstleistungsbereich Grund dafür, daß der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsrückgang nicht größer ausgefallen ist. Die relative Zunahme war im öffent-

lichen wie im privaten Dienstleistungssektor etwa gleich groß.

Die Differenzierung der Beschäftigungsentwicklung nach Wirtschaftsbereichen zeigt sich auch in den Veränderungen der Beschäftigtenzahl nach der Stellung im Beruf. Noch gestiegen ist, wenn auch abgeschwächt, die Zahl der Angestellten (+ 1,1 vH), während die der Arbeiter erstmals wieder sank. Günstig blieb die Entwicklung der Zahl der Auszubildenden; diese hat im Vorjahrsvergleich um fast 9 vH zugenommen. Allein auf diese Gruppe entfallen fast zwei Drittel des gesamten Beschäftigungszuwachses gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode.

Durchschnittseinkommen

Die Einkommensentwicklung im dritten Quartal 1980 war überwiegend durch die im ersten Halbjahr abgeschlossenen Tarifvereinbarungen geprägt. Weder witterungsbedingte Verzerrungen noch größere vom Kalender herrührende Irregularitäten haben die effektive Lohnentwicklung wesentlich beeinflußt. Dem schlechteren konjunkturellen Verlauf zuzuschreibende Einkommenseinbußen, etwa durch vermehrte Kurzarbeit, haben im Berichtsquartal noch keine merkliche Rolle gespielt.

Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeiterstunden

Veränderung in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1978	1979				1980		
	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Verarb. Gew. ¹⁾	-1,3	+1,0	-1,0	-0,9	-0,3	+0,1	-2,7	-1,2
Bauhauptgew.	-1,4	-16,5	-1,0	+1,4	+3,5	+24,2	-6,4	-3,6

1) Einschl. Bergbau. Nur Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Beschäftigung, Bruttolöhne und -gehälter sowie Durchschnittseinkommen

Veränderungen in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1978	1979	1980 ¹⁾	1978		1979				1980			
				III	VI	I	II	III	IV	I	II	III	IV ¹⁾
Beschäftigung	0,8	1,5	1,2	1,0	1,2	1,4	1,5	1,6	1,7	1,8	1,5	1,1	0,5
Bruttolöhne und -gehälter	6,0	7,2	7,9	6,4	6,6	6,7	6,9	7,0	7,8	8,3	8,2	8,2	7,1
Durchschnittseinkommen	5,2	5,5	6,6	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3	6,0	6,4	6,6	7,0	6,6

1) Schätzung.

Insgesamt war der Zuwachs der durchschnittlichen Einkommen je beschäftigten Arbeitnehmer im dritten Vierteljahr 1980 mit 7 vH sogar etwas höher als im Vorquartal. Dabei waren die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten nur gering und auch zwischen männlichen und weiblichen Arbeitnehmern unbedeutend. Die Expansion der effektiven Löhne entsprach nahezu dem Anstieg des tariflichen Niveaus, so daß sich die Lohndrift gegenüber dem ersten Halbjahr stark reduziert hat. Sie tendierte bei Arbeitern gegen Null, hat aber auch bei Gehaltsempfängern beträchtlich abgenommen.

In den Hauptbereichen der Wirtschaft expandierten die durchschnittlichen Einkommen je Beschäftigten gleichmäßig, sektorale Abweichungen streuten nur wenig um den Gesamtdurchschnitt. Überdurchschnittlich war der Einkommensanstieg lediglich im Bergbau sowie im Investitionsgütergewerbe.

In der Hierarchie der durchschnittlichen individuellen monatlichen Bruttoeinkommen überschritten in der Gruppe der männlichen Arbeiter die Beschäftigten im Bergbau, der Energiewirtschaft, dem Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und dem Investitionsgütergewerbe das Niveau von 2 800 DM. Bei den männlichen Angestellten wurde die Spitzengruppe ebenfalls vom Bergbau (4 850 DM), dem Grundstoffbereich (4 560 DM) und dem Investitionsgüterbereich (4 310 DM) gebildet. Die Frauenverdienste sind generell erheblich niedriger als die der Männer. Bei den Arbeiterinnen ragten die Löhne im Investitionsgüterbereich (2 030 DM), im Bergbau (2 000 DM) und im Grundstoffbereich (1 910 DM) heraus, während bei den weiblichen Angestellten die im Bergbau (2 930 DM), im öffentlichen Dienst (2 885 DM) und in der Energiewirtschaft (2 850 DM) am höchsten bezahlt wurden.

Ausblick

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich im vierten Quartal 1980 drastisch verschlechtert. Die Beschäftigtenzahl hat erstmals seit Anfang 1976 wieder im größeren Umfang – saisonbereinigt um etwa 50 000 – abgenommen; sie übertraf damit den entsprechenden Vorjahresstand lediglich um 0,5 vH.

Infolge der sehr starken Zunahme im Dezember 1980 hat erstmals seit Anfang 1978 die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl das Niveau von einer Million wieder überschritten. Gegenüber dem Tiefstand vom Februar 1980 hat sie um über 250 000 zugenommen. Die anhaltende Konjunkturschwäche und die nun hinzukommenden jahreszeitlichen Einflüsse werden dazu führen, daß die Arbeitslosenzahl – nicht saisonbereinigt – in diesem Winter auf etwa 1,4 Millionen ansteigen wird. Sie wird damit im Verlauf der nächsten Monate saisonbereinigt den während der Rezession in den Jahren 1974/75 erreichten Höchststand noch übertreffen.

Diese alarmierende Entwicklung am Arbeitsmarkt sollte Anlaß für die wirtschaftspolitischen Instanzen sein, endlich einen Kurswechsel einzuleiten. In den „Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1981“ hat das DIW darauf hingewiesen², daß verspätete und damit überhastete Maßnahmen, die schließlich für unvermeidbar gehalten werden, unbefriedigende Wirkungen hätten. Sie könnten keinesfalls eine alsbaldige Rückkehr zu einem stetigen Expansionskurs ersetzen.

² Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1981. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/81.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 43/V **Die Güterverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Von Peter Lünsdorf. 281 S. 1976. DM 126,—.
- Heft 43/VI **Die Verkehrsströme in der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Kennziffern großräumiger Verkehrsströme als Entscheidungsgrundlage für eine integrierte Verkehrswegeplanung. Von Joachim Niklas. 190 S. 1977. DM 84,—.
- Heft 44 **Bedingungen für Angebot und Nachfrage nach Koks- und Anthrazit in der Welt bis 1985.** Von Manfred Rumberger und Eberhard Wellig. 107 S. 1976. DM 64,—.
- Heft 45 **Multiplikatorwirkungen des Konjunkturprogramms von 1975 – Anwendung des um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Input-Output-Modells.** Von Reiner Stäglich unter Mitarbeit von Rainer Pischner, Brigitta Weiser und Hans Wessels. 55 S. 1976. DM 36,60.
- Heft 46 **Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung.** Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Ausgabenkürzungen. Von Jochen Schmidt. 113 S. 1977. DM 46,60.
- Heft 47 **Entwicklungshilfe und internationale Arbeitsteilung – Ableitung sektoraler Schwerpunkte mit Hilfe der linearen Programmierung am Beispiel der Republik Korea.** Von Dieter Schumacher unter Mitarbeit von Helmut Stütz. 96 S. 1977. DM 39,80.
- Heft 48 **Dienstleistungen in der Gesamtwirtschaft.** Von Charlotte Otto-Arnold unter Mitarbeit von Ulrich Burschat. 172 S. 1978. DM 82,—.
- Heft 49 **Einkommens- und Verbrauchsschichtung für die größeren Verwendungsbereiche des privaten Verbrauchs und die privaten Ersparnisse in der Bundesrepublik Deutschland 1955 bis 1974.** Von Gerhard Göseke und Klaus-Dietrich Bedau. 215 S. 1978. DM 89,60.
- Heft 50 **Die Osteinfuhrstruktur der Bundesrepublik Deutschland und anderer westlicher Länder – Eine vergleichende Darstellung.** Von Jochen Bethkenhagen, Hans Martin Duseberg, Maria Lodahl. 139 S. 1978. DM 64,—.
- Heft 51 **Produktions- und Beschäftigungseffekte im Innerdeutschen Handel.** Von Horst Lambrecht und Hans Wessels. 54 S. 1978. DM 29,60.
- Heft 52 **Untersuchungen zu Fragen regional unterschiedlicher Energiepreise in der Bundesrepublik Deutschland.** Darstellung – Begründung und Auswirkungen am Beispiel ausgewählter Bundesländer. Von Urs Dolinski. 217 S. 1979. DM 116,—.
- Heft 53 **Das Arbeitsplatzpotential, die Besetzung mit Arbeitskräften und deren Anspannung im Konjunkturverlauf.** Eine Analyse der vierteljährlichen Entwicklung von 1960 bis 1976 für die Hauptgruppen der verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland. Von Arthur Boneß. 100 S. 1979. DM 48,—.
- Heft 54 **Jährliche nominale Input-Output-Tabellen, Importmatrizen und Investitionsmatrizen für die Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1974.** Von Egon R. Baumgart, Reiner Stäglich, Jörg-Peter Weiß, Hans Wessels und Mitarbeiter. 128 S. 1979. DM 48,60.
- Heft 55 **Vergleich von Präferenzsystem und Präferenzvolumen im Land Berlin und in den übrigen Bundesländern.** Von Kurt Geppert und Kurt Hornschild unter Mitarbeit von Walter Schöning. Betriebliche Fallstudien der Treuarbeit AG, Berlin. 147 S. 1979. DM 89,60.
- Heft 56 **Möglichkeiten und Grenzen der Messung von Einflüssen der Umsatzkonzentration auf industrielle Kennziffern.** Eine empirische Analyse anhand ausgewählter Industriezweige der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1962 bis 1974. Von Rainer Pischner. 80 S. 1979. DM 39,80.
- Heft 57 **Ursachen für die Unterschiede in der Höhe der Versichertenrenten an Frauen und an Männer in der gesetzlichen Rentenversicherung.** Von Ellen Kirner. 135 S. 1980. DM 89,60.
- Heft 58 **Analyse und Prognose der Wohnungsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Klaus-Dietrich Bedau und Rudi Ulbrich. 161 S. 1980. DM 98,—.
- Heft 59 **Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials.** Von Manfred Melzer. 250 S. 1980. DM 124,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Sozialer Schutz in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Bearbeitet von Bernhard Seidel. —
Ende des Beschäftigtenanstiegs. Bearbeitet von Gerhard Göseke.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.